

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 18. April 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verjammerungs-, Bergnugungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Anzeigen, Verträge und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 44

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Kritik: Schlechte Sozial- und falsche Wirtschaftspolitik.
Gewerkschaftsrevue: Polizeierklärung von gewerkschaftlichen Zentralverbänden. — Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Deutschen Bauarbeiterverbande. — Zum Jahresberichte des Ausschusses des christlichen Gesamtverbandes. — Von der gelben Bewegung.
Korrespondenzen: Elberfeld. — Elberfeld-Barmen (M.-M.). — Eschweiler (M.-M.). — Frankfurt a. M. — Götting. — Hamburg. — Kreisnach. — Mainz. — Mannheim.
Bundschau: Gehilfenprüfungen. — Meisterprüfung. — Monatliche Lehrlingsliste und „unerhörte Annahme“. — Städtischer Krämergeist und Weltausstellung für das Buchgewerbe. — Minowslaw-Königslein, ein Schwindler. — Von den Gewinnen der Maschinenfabriken.

Schlechte Sozial- und falsche Wirtschaftspolitik

Der Reichstag ist bis zum 28. April in den Ferien. Vorausichtlich wird er dann nur bis zur zweiten Maihälfte verlammt sein, also keine Berge einreißen oder Wunderdinge anderer Art verrichten können. Deshalb ist auch schon ein ungefähres Urteil möglich über das, was er geleistet, mehr aber noch darüber, was er nicht getan hat. In den Artikeln „Stagnation und Reaktion“ ist ja dem Stande und Gange der deutschen Sozialpolitik ausführlich Beachtung geschenkt worden (Nr. 32 und 34); es blieb indes noch einiges zu sagen übrig, was nunmehr geschehen soll.

Von einer unfruchtbaren Session zu reden, entspräche zwar den Tatsachen, aber diese Redensart ist nachgerade stark abgegriffen. Das deutsche Reichsparlament ist auf sozialem Gebiete eher noch unproduktiver geworden wie seither, was etwas heißen will. Die Schuld liegt in allererster Linie an der Regierung, die in dem Bundesrat leider verlässliche Deckung findet, was sich vornehmlich durch das Dominieren von Preußen erklärt. Wenn von der wesentlich durch Herrn v. Dallwitz repräsentierten Leitung des größten deutschen Bundesstaates so viel abhängt, dann ist soziales Verlagen keine ungewöhnliche, viel eher eine gewollte Erscheinung. In Preußen verziehen die starken Männer, der ehemalige Kanalarbeiter als Polizeiminister, und Jagow, der erste Polizeichef des Landes, auf das Zuckerbrot bereits gänzlich, sie schwingen dafür heftig die Peitsche gegen die Arbeiterbewegung. In einer solchen Zeit ist kein Raum für besseres Funktionieren der Sozialgesetzgebung.

Neben weitreichender Stagnation bei dem wenigen, was zu tun unerlässlich erscheint, gar noch ein Zustand, der einem offenen Konflikt zwischen Regierung und Bundesrat einerseits sowie dem Reichstag andererseits verleiht ähnlich sieht — wessen Hände dabei leer bleiben, das dürfte kein Rätsel sein.

In Sachen der Konkurrenzklausele sagt die Regierung unannehmbar, antworten die Handlungsgehilfen mit einem Unannehmbar und haben die technisch-industriellen Beamten auf ihrem zu Ostern in Berlin abgehaltenen Bundestag einer Ausdehnung der Neuregelung dieser Frage auf ihren Beruf mit aller Entschiedenheit gewehrt. Dieser Bundestag erwucht anstatt dessen den Reichstag, die Regierungsvorschläge abzulehnen und die grundsätzlichen Ungültigkeit aller Konkurrenzklausele zu beschließen. Als am 27. März der Reichstag sich anschickte, in die Osterferien zu gehen, strich der Staatssekretär der Justizverwaltung den Regierungsentwurf gegen die Kommissionsbeschlüsse nicht zu knapp heraus, aber er stellte nur in bezug auf den ersten der strittigen drei Punkte Entgegenkommen der verbün-

deten Regierungen in Aussicht. Es sollte verheißt werden, in der Zeit bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen die Handlungsgehilfen bzw. deren Organisationen von ihren „unerfüllbaren Forderungen“ abzubringen.

Es hat nun den Anschein, als wäre hinsichtlich der Gehaltsgrenzen, die nach dem Regierungsentwurf 1500 Mk., nach dem Beschlusse der Reichstagskommission und den Wünschen der Handlungsgehilfen aber 1800 Mk. für die Zufälligkeit der Konkurrenzklausele sein soll, von einem Teile der Handlungsgehilfenorganisationen Nachgeben zu erwarten. Die „Soziale Praxis“ bemüht sich ebenfalls, die Handlungsgehilfen in diesem Sinn umzukommen, was unfrei Erachtens indes nicht im Interesse dieser wahrlich nicht auf Rosen gebetteten Angestelltengruppe gelegen ist. Im übrigen haben aber selbst die zu diesem Entgegenkommen offenbar bereiten Handlungsgehilfenverbände erklärt, „daß sie eine Regelung unbedingt ablehnen, welche vorsieht, daß der bestehende Rechtszustand betreffend Klausele auf Erfüllung nach den Wünschen der Regierung geändert wird. Der Wunsch der Regierung bedeutet eine so große Verflechtung für die Handlungsgehilfen, daß damit die übrigen Zugeständnisse nicht aufgewogen sind“.

Das ist das Symptomatische der regierungsseitigen Stellungnahme speziell zu sozialpolitischen Gesetzgebungsakten: es soll mehr verbößert als verbessert werden. Die Reichsversicherungsordnung hat erst in ihrer praktischen Durchführung diese Tendenz so scharf hervortreten lassen, daß es in der Tat striktes Erfordernis geworden ist resp. werden muß, die wahrscheinlichen Fortschritte gegen die möglichen Nachteile viel genauer abzuwägen, wie es bisher üblich war.

Die Sonntagsruhe soll bekanntlich auch reformiert werden. Doch ist hier gleichfalls die Regierung schneller mit ihrem Unannehmbar zur Stelle als mit Erklärungen, einmal einen gesunden Schritt vorwärts zu tun.

Ist das andre von dem gewiß nicht zu vielen, was an sozialpolitischen Vorlagen in der nächsten Zeit noch erleblich werden soll, auch nicht sprichreif wie die erwähnten Materien, so vermag selbst ein unentwegt optimistischer Frühlingsglaube hier nichts anderes zu erwarten, als was eben der zugehörige Gegensatz zwischen Reichsregierung und Reichstag — beifürchten läßt. Wir wollen da nur den bessern Furchenschuß nennen. Hier hat man durch die Stellungnahme der Vertretung des Deutschen Reichs auf einer internationalen Konferenz ja einen Vorgeschmack bekommen, daß von der Regierung kein Wert darauf gelegt wird, von der deutschen Sozialpolitik zu sagen: Deutschland in der Welt voran!

Die Regierungstaktik ist einmal zu sehr rechts orientiert, dann aber verfliehet man sich an den maßgebenden Stellen mit einer Offenlichkeit jeder klugen Einsicht in die Geschehnisse und die Zeitereignisse, daß fast von Blindheit gesprochen werden muß. Bülow war das Gegenteil dieser gekünstelten Taubheit. Als er durch ein geschicktes Manöver bei den Reichstagswahlen von 1907 der Sozialdemokratie nahezu die Hälfte ihrer Mandate abgenommen hatte, da erklärte er, nun werde erst recht die Sozialreform gefördert werden. Sein Nachfolger auf dem Kanzlerposten versteht es hingegen, alles gegen sich in Opposition zu bringen.

Die bereits erwähnte Ostertagung in Berlin hat in einer einstimmig angenommenen Resolution ausgesprochen, was eigentlich vom Deutschen Reich als Leitmotiv der Sozialgesetzgebung erwartet werden müßte. Es heißt darin:

Der Bundestag der technisch-industriellen Beamten erblickt in der staatlichen Sozialreform die unerlässliche Korrektur der durch die moderne Wirtschaftsentwicklung verursachten sozialen Schäden. In Übereinstimmung mit den Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück vom 7. Februar 1913 betrachtet der Bundestag die Sozialpolitik als die wichtigste Aufgabe unserer Zeit und als eine sittliche Pflicht des Staates. Der Bundestag erhebt deshalb entschiedenen Einspruch gegen die Veruche einzelner Vertreter der Willkürhaft des scharfmacherischen Unternehmertums, der deutschen Sozialpolitik unerwünschte Folgen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die allgemeine Volksmoral anzudichten und damit ihre Fortführung zu hintertreiben. Vor allem aber protestiert der Bundestag auf das heftigste dagegen, daß auch nach Ansicht der Reichsregierung unfre sozialpolitische Gesetzgebungsarbeit an einem gewissen Abschluß angelangt sein soll.

Die technisch-industriellen Beamten betonen die Notwendigkeit einer entschiedenen Fortführung der Sozialreform dann noch mit dem Hinweis, daß von dem ihnen vor acht Jahren gegebenen Versprechen noch gar nichts zu dessen Einlösung geschehen wäre und sprechen die Erwartung an die gesetzgebenden Körperschaften aus, daß baldigst die Initiative zur Erfüllung dieser Zusicherungen ergriffen werde, und daß diese „darüber hinaus auch mit gutem Willen an die Lösung der Probleme herantreten, die durch die wirtschaftliche Entwicklung neu ausgerollt werden“. Diese Anschließung spricht Selbstverständlichkeiten aus, über die eine jede Gewerkschaft ebenlogar resolvieren könnte, selbst auf die Gefahr hin, nach neuerlicher ministeriell-polizeilich-richterlicher Aufstellung in Preußen für politisch erklärt zu werden. Dieses in seiner spezifischen Methode einfach groteske Gegenstück zum Verkümmern der Sozialpolitik besagt zwar alles für den gegenwärtigen Kurs, aber dieser deprimierende Kontrast zwingt dazu, mit größter Schärfe zu betonen, was einerseits ohne jegliche Berechtigung geschieht und was andererseits trotz größter Notwendigkeit unterbleibt.

Die Meinungen darüber, was in jedem Fall eine Korrektur der durch die wirtschaftliche Entwicklung hervorgerufenen Schäden erforderlich macht, werden weil auseinandergehen, Einmütigkeit aber dürfte bestehen, daß viel geschehen müßte, um nur einigermaßen ausgleichend zu wirken; daß weiter aber wenig, leider nur zu wenig guter Wille vorhanden ist, den sozialen Schäden unserer Zeit nach Möglichkeit abzuhelfen. Natürlich ist dies vom Standpunkte dessen gesprochen, der von unserm modernen Wirtschaftsgetriebe nur ein Spältchen seiner Lichtseiten, wenn nicht überhaupt nur die Rehrseite der „schönen“ Medaille zu sehen bekommt.

Die Arbeitslosenversicherung ist gewiß die unerlässliche Korrektur des größten durch die moderne Wirtschaftsentwicklung verursachten sozialen Schadens. Der Gewerkschaftskongress in München (22. bis 27. Juni) wird sich mit dem „Gespenst unserer Zeit“ ernsthaft beschäftigen, aber sonst ist „das einzige wirkliche soziale Rettungsmittel“, wie einmal das „Berliner Tageblatt“ schrieb, von der öffentlichen Tagesordnung wieder abgeseht. Als im Spätherbst v. J. die sozialdemokratische Partei vor der Reichstagsöffnung eine lebhaft propagandistische eine Arbeitslosenversicherung von Reich wegen ent-

falsche, da brachte es ein großes nationalliberales Blatt fertig, über den „Arbeitslosenrummel der Sozialdemokratie“ zu höhnen und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mache sich diese wegwerfenden Auslassungen zu eigen. Nun hat aber gerade das vergangene Jahr ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit gebracht, das eine dauernde Beschäftigung mit diesem ernsten Probleme zur Pflicht macht. Die von den Fachverbänden mit Arbeitslosenunterstützung be-richteten und vom Reichsamte für Arbeiterstatistik veröffentlichten Ziffern liefern ein recht unerfreuliches Bild. Es waren demnach durchschnittlich arbeitslos in Prozenten seit 1910:

1913	1912	1911	1910
2,8	1,9	1,8	1,9

Damit ist aber bei weitem nicht die gesamte Arbeitslosigkeit in Deutschland erfasst. Wir halten es daher für geboten, in einiger Zeit dieser eminent wichtigen Frage eine ausführlichere Betrachtung in Verbindung mit all ihren Erscheinungen und den als geeignet anzusehenden Maßnahmen gegen dieses Zeit-übel zu widmen. Es ist sogar besser, nicht nur im Moment einer allgemeinen Erörterung dieser sozialen Notwendigkeit mitzumachen, sondern ihr dauernd die erforderliche Aufmerksamkeit und Förderung zu teil werden zu lassen. Die zerflatternden Wirkungen des Augenblicks können naturgemäß nicht in die Wagchale fallen.

Dass so Viele so wenig zu bedeuten haben für diejenigen, die die Staatsmaschinerie lenken sollen, die andern aber mit ihren Wünschen an den Staat zu sehr berücksichtigt werden, das ist eben der Grundfehler an dem herrschenden Systeme. Daran vermögen Bemühungen, die Sozialpolitik in Deutschland in ein dem allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungstempo annähernd angepasstes Gleichmaß zu bringen, nichts zu ändern. Es wäre ja schade, würde man diese Bestrebungen zu vernichten haben, aber z. B. die zum 10. Mai in Berlin bevorstehende Kundgebung der Gesellschaft für Soziale Reform zur Fortführung der Sozialreform wird ebensowenig Berge versetzen wie etwa ein Gewerkschaftskongress oder ein sozialdemokratischer Parteitag. Und doch sind solche Tagungen wertvoll, denn sie schärfen unsern Regierungsmännern ungeachtet aller zur Schau getragenen hochmütigen Indolenz dennoch das Ge-wissen. Sie werden trostlosdem Beachtung finden als öffentliche Berater und Warner, je mehr eine Sache um ihrer selbst willen verfochten und je weniger Außerlichkeit dabei entfaltet wird. Wohin man indes blickt, das eine oder das andre Charakteristikum finden wir in allen Lagern und bei jeder Richtung. Eine ganz hohle Mache stellen jedoch die sogenannten deutschen Arbeiterkongresse der Christlichnationalen dar. Diese Schaustellungen mit ihrem überreichen, aber jämmerlich öden Seitungsgewächs sind ein wahrer Hohn auf die Wahrheitszerprobung, daß das Maß der wirtschaftlichen Macht in erster Linie bestimmend ist für die von der Arbeiterschaft zu entwickelnde Kraft. Dieser Wertmaßstab wird auch als eine bessere Triebfeder zu wirklicher Sozialreform anzusehen sein.

Ist nun in Deutschland direkt von einem schlechten Stande der Sozialpolitik zu reden, so ist die Erklärung für diese durchaus unbefriedigende Situation gleich in einer Reihe von Umständen zu suchen. Wir kommen nicht mehr aus mit den alten Begriffen von der Rückständigkeit der Regierung und der Reichstagsmehrheit. Das diese Faktoren bei dem Vorhandensein von 111 sozialdemokratischen Volksboten sozialpolitisch so dickfellig geworden sind, was von der Regierung vornehmlich gelten soll, ist eine bemerkenswerte Tatsache, an der weit und breit zu achlos vorübergegangen wird. Natürlich betrachten wir dieses Faktum nicht als die Hauptursache der Stagnation, vielmehr spielen noch andre Ver-hältnisse wesentlich mit.

Da die Gewerkschaften dieser als Vertretung der Arbeiterschaft ja vornehmlich in Betracht kommenden Partei in den Parlamenten eine größere Stosskraft auch nicht zu geben vermögen, so müssen sie selbst trachten, eine solche Kraft durch ihre eigne Tätigkeit zu entfalten, damit dem, was von der Gesetzgebungsmaschinerie vorderhand oder auf lange Zeit nicht zu erwarten ist, durch ihre Organisationsarbeit praktisch so vorgearbeitet wird, daß die schwerfällige deutsche Sozialpolitik immer mehr vor-

gegebene Tassachen gestellt wird. In der Frage der Arbeitszeitverkürzung wie der Arbeitslosenversicherung haben wir doch schon hervorragende Beispiele des Gelingens aus eigener Kraft.

Freilich wird durch die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung manches aufgehoben und mancherlei vereitelt. Das darf uns aber nicht kleinmütig machen, wie uns Buchdrucker ja das 21 Jahre lange ständige Entgegenarbeiten einer erst durch eine späte Nachtaufe christlich gewordenen Sonderorganisa-tion nicht auf unserm Wege gestört hat. Das Kastrenatum in der Arbeiterschaft, das unter der Bezeichnung gelbe Gewerkschaften bekannter und gewiß eine bedenkliche Zeitercheinung ist, muß als eine Übergangsepoche betrachtet werden, deren Ver-längerung resp. Verkürzung nicht zuletzt bei der modernen Arbeiterbewegung liegt: in der einen Rich-tung durch unangebrachten Radikalismus, poltern-des Pflanzentum, in der andern durch ruhiges, aber intensives Vorwärtsarbeiten und zielklaren Willen.

Sammeln wir also die in uns selbst schlummernden Kräfte und machen wir von ihnen zweck-entsprechenden Gebrauch, dann erhält die Sozial-reform eher den notwendigen Schwung. Von unten auf! So muß es auch hier heißen.

Ist die Sozialpolitik also auf einen Sandhaufen aufgelauten, so hat des Deutschen Reichs Wirk-schaftspolitik in den letzten Tagen vor Ostern von dem russischen Nachbar ein Zeugnis ausgestellt erhalten, das einer klatschenden Ohrfeige gleich-kommt.

In Nr. 30 haben wir an Hand der Reichstags-debatten geschilbert, daß die Reichsregierung sich auf den Standpunkt stellt, den Neuabschluss der ablaufen-den Handelsverträge auf der Grundlage des seit-herigen Zolltarifs zu bewerkstelligen. Es konnte indes auch mitgeteilt werden, daß nach Verlautbarungen vom Regierungssitz im preukischen Abgeordnetens-hause sogar Bereitwilligkeit vorhanden ist, den Agrari-ern noch weiter entgegenzukommen. Nun hat Ruß-land einen Getreidezoll von 4 Mk. beschlossen, welche Repressalie gegen Deutschland auch von dem Fleudo-landtag in Finnland Nachahmung finden soll. Das ist ein dicker Strich durch die so junkerfreund-lichen Absichten Besmann-Hollwegscher Regierungs-kunst; eine Kampfanlage Rußlands, die sehr leicht den Zollkrieg zur Folge haben kann, der unbedingt zu dauerndem Nachteile der deutschen Industrie ausschlagen müßte.

Man konnte seit Wochen auf so etwas gefaßt sein. Der frühere russische Handelsminister Timir-jazew, der an der Spitze des Komitees zur Vor-bereitung der Handelsverträge steht, hat sich in der zweiten Märzhälfte mit einer Offenheit über die in den maßgebenden Kreisen Rußlands bestehenden Ansichten ausgelassen, daß unschwer auf einen gegen Deutschland gerichteten Vorstoß geschlußfolger werden mußte. Wie genannter russischer Staats-mann über Deutschland sich äußerte, müßte auch auf die unbelehrbaren Anhänger der „bewährten Wirk-schaftspolitik“ überzeugend wirken. Die Agrarier selbst als der sonder Beispiel bevorzugte kleine Teil des deutschen Volkes könnte man ja ausnehmen, denn der Vater Staat ist ein geradezu idealer Sach-walter ihrer Interessen. Aber die beschämende Tas-sache, daß Hunderttausende (christlich) organisierter Arbeiter lediglich aus Gründen höchst ansehnlicher parteipolitischer Taktik den Widerstun der eignen Schädigung noch verteidigen, wie dies unlängst die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ abermals getan hat, mit ihr müßte nach dem hier Gebräuchlichen nun aber doch ausgeräumt werden können.

Bekanntlich besteht zwischen den beiden größten europäischen Staaten seit einiger Zeit eine hohe Spannung. Timirjazew nennt den russisch-deutschen Handelsvertrag einen nennenswerten Punkt dieser Erregung. Der unter Caprivi 1894 mit Rußland zustande gekommene Vertrag sei günstig gewesen und habe eine bedeutende Annäherung zwischen Rußland und Deutschland gebracht. Also günstige oder un-günstige Handelsverträge drücken auch dem politi-schen Verhältnisse zwischen zwei Ländern den Stempel auf. Höchst bemerkenswert ist das Urteil des russi-schen Ministers über die wahren Ursachen dieser

nicht eben leicht zu nehmenden Differenzen. Er sagte u. a.:

„Ich glaube, daß dieser Kampf und die Ursachen des ganzen Kampfes auf die deutschen Agrarier zurück-zuführen sind. Die deutschen Agrarier wollen sich gegen unsere Produkte wehren, und sie tun alles, um dies zu erreichen, indem sie die Einfuhrzölle erhöhen. Und hier erblicke ich einen paradoxen Fall. Wie ist es möglich, daß Deutschland, das so sehr industriell ist, sich von agrarischen Gesichtspunkten leiten läßt, oder warum erweckt denn Deutschland den Anschein, als würde es sich von agrarischen Gesichtspunkten leiten lassen?“

Wie sehr wir auch ein agrarischer Staat sind, so ist doch das Heil in der Industrie zu suchen. Die Industrie ist die Zivilisation, sie ist der Fortschritt.

Ich glaube, man hat in Deutschland nicht recht, wenn man so die Herrschaft der Agrarier duldet. Die agrarischen Einflüsse haben in Deutschland die Lebensmittel verteuert und die Qualität der Lebensmittel und damit der Nahrung des deutschen Volkes verschlechtert.

Für das Verkehrte unserer Wirtschaftspolitik sind diese Worte Fundamentalfälle. Sie verlieren keineswegs an Wert, weil sie von einem Manne stammen, der berufen ist, für sein Land so viel als möglich bei einem Handelsvertrage herauszuschlagen; er soll nur „auf gegenseitiger Bereitwilligkeit“ beruhen. Deutschland will aber den sonst so respektvoll be-handelten größern Nachbarn nach allen Regeln der Kunst im einseitigen Interesse seiner Agrarier rupfen. Das ist etwas andres als der unter Vertragshon-trahenten übliche Brauch.

Die junkerlich-staatliche Preispolitik ist grund-falsch. Für das Inland Verkauf zu überhöhten Preisen dank der sehr hohen Einfuhrzölle, nach dem Auslande jedoch veritable Warenverschleuderung, dazu Inanspruchnahme der Reichskasse zur Entschä-digung des Preisausfalles (Ausfuhrprämien) — das Kohlenfondikat und der Stahlwerksverband können sich gleichermaßen den „Schub der nationalen Arbeit“ leisten —, ja, eine solche Methode der Volkswirt-schaft muß wohl den Protest und Widerstand des Auslandes hervorgerufen. Es ist das vielleicht ein endlich verlangendes Mittel, das Inland gegen dieses Selbstabziehen mehr auf die Beine zu bringen.

Wenn das Großagrariertum den von Rußland empfangenen Rippenstoß am liebsten mit Kampf-zölle beantwortet möchte, so muß ihm deutlich klar gemacht werden, daß es für Unverschämtheiten erst recht ein „Bis hierher und nicht weiter“ gibt. Zu der verfahrenen Situation auf dem Gebiete der Sozial-reform, dem in breiterer Linie sich entwickelnden Kampfe gegen die Gewerkschaften auch noch das Opfer eines für die Großjunkere und die Schwerindustriellen ge-führten, in seinem Ausgange schon im voraus nicht zweifelhaften Zollkrieges mit der europäischen Korn-kammer — weiter sollte wirklich nichts mehr! „Es gibt keine größere Tat als die für das Gemein-wohl“, lautet ein Ausspruch des Königs Wloda, der zweieinhalb Jahrhunderte vor Christi über den größten Teil von Hindustan herrschte. Sollte denn 1914 Jahre nach Christi die Regierung eines der ersten Kultur-staaten gar nicht wissen, daß sie alle Teile des Volkes in den Rechten wie in ihren Pflichten gleichstellen muß?

□□□□ Gewerkschaftsrevue □□□□

Der neueste Schlag gegen die gewerkschaftlichen Zentral-verbände, der sich in dem Bemühen äußert, mit Hilfe von Gerichtsurteilen und Polizeimaßnahmen die Gewerkschaften unter die Fuchel der §§ 3 und 17 des Vereinsgesetzes zu bringen, ist ein neuer Beweis dafür, daß die Drangsalierung der Gewerkschaftsbewegung Fort-schritte macht. Der § 3 des „liberalen“ Vereinsgesetzes erkennt zwar als politische Vereine nur solche an, die eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecken, aber die Erbringung hat ja hinlänglich bewiesen, was die Fuchel alles unter politischer Betätigung versteht. Jede Forderung auf Lohnzulage, bei der, wie das in der Natur der Sache liegt, hingewiesen wird auf die verkehrte Zoll- und Steuerpolitik des Staates, gilt in den Augen der Richter als politische Angelegenheit. Und eine Gewerkschaftsverammlung, in der lo staatsgefährliche Themen be-handelt werden, trägt ohne weiteres einen politischen Charakter. Das Schöffengericht zu Münster beispielsweise erklärte 1911 eine Versammlung freigewerkschaftlicher Berg-arbeiter schon deshalb für eine politische, weil der Referent die Zustände auf einer fiskalischen Grube kritisiert habe. Das Bergwerk sei eine „Staats Einrichtung“, und wer eine staatliche Einrichtung kritisiere, betreibe Politik! Dieses weltfremde Urteil wurde in der Berufungsinstanz von dem Landgerichte Hannover bekräftigt, das in seiner Begrün-dung u. a. ausführte:

Insofern als der Angeklagte in der Verammlung zum Eintritt in den Bergarbeiterverband aufforderte, sind auch politische Angelegenheiten erörtert worden. Das Gericht ist der Überzeugung, daß der Angeklagte, der selbst gar nicht Arbeiter war, sondern lediglich Angehöriger des Bergarbeiterverbandes, durch Veranlassung der Verammlung wesentlich den Zweck verfolgte, die Ausbreitung dieses Verbandes zu fördern und neue Mitglieder anzuwerben. ... Diese Ziele sind aber schon politischer Art, weil der Verband, wie aus der Aussage des Gewerkschaftsbeamten Sachse hervorgeht, in Fragen, die das wirtschaftliche Wohlergehen des Bergarbeiterstandes im Auge haben, eine gesellschaftliche Regelung anstrebt. Dieses ergeben auch die Generalversammlungen, welche nach § 63 des Statuts alle das Verbandsleben angehende Beschlüsse endgültig fassen. Die Generalversammlung hat insbesondere den Erlass eines Reichsberggesetzes für dringend erforderlich erklärt und darin die Regelung verschiedener einzelner aufgeführter Verhältnisse verlangt. ... Ebenso sucht der Verband auf die Zusammenlegung öffentlicher Behörden und Körperschaften einzuwirken, indem er insbesondere die Wahl von Verbandsmitgliedern zu Besitzern der Berggewerbesteuern zu fördern sucht. Diese Artbegründung zeigt recht deutlich, wie sich die „politische Betätigung“ einer Gewerkschaft im Kopf von Richtern spiegelt. Der Angeklagte einer Organisation betätigt sich danach schon politisch, wenn er für seinen Verband agitiert. Es hängt also lediglich von der polizeilichen Willkür ab, ob man die Tätigkeit der Gewerkschaftsangehörigen als politische Betätigung ansehen will oder nicht. Die gegen das landgerichtliche Urteil eingeleitete Revision wurde vom Oberlandesgericht Celle am 13. Mai 1912 verworfen. Somit wurde der Bergarbeiterverband als erste freigewerkschaftliche Zentralorganisation zu einem politischen Vereine gestempelt. Auf Grund des oberlandesgerichtlichen Urteils richtete der Bochumer Polizeipräsident im Vorjahr an den Vorstand des dortigen Zweigvereins des Bergarbeiterverbandes die Aufforderung, alle jugendlichen Mitglieder auszuschließen. Auf erfolgte Weigerung wurden die Vorstandsmitglieder in Strafe genommen wegen Übertretung des Reichsvereinsgesetzes. Die Berufung hiergegen wurde am 26. März d. J. vom Bochumer Schöffengericht verworfen. Mehrfach sind schon Zweigvereine von Gewerkschaften auf Grund der gekennzeichneten richterlichen Auffassung als politische Vereine erklärt worden.

Als das Reichsvereinsgesetz seiner Zeit geschaffen wurde, glaubte man eine einheitliche Regelung des letzter höchst unterschiedlich behandelten Vereinswesens damit erreichen zu können. Hatten es doch die Gesetzgeber für „selbstverständlich“ gehalten, daß die Gewerkschaften nicht zu den politischen Vereinen gezählt würden, wie das im übrigen auch von der Regierung ausdrücklich ausgehört wurde. So hieß es z. B. in der Begründung des Gesetzesentwurfs: „Gesellschaftliche politische Erörterungen und selbst Forderungen machen also einen Verein noch nicht politisch ... oder wenn eine Gewerkschaft, die regelmäßig die in das Gebiet des Koalitionsrechts fallenden Bestrebungen verfolgt, in bestimmten Fällen gelegentlich auch auf die Gesetzgebung einzuwirken sucht, werden diese unpolitischen Vereine noch nicht politisch.“ Weiter sprach die Regierung in ihren Begründungen überall nur von Gewerkschaften, nicht etwa von besonderen Gewerkschaftsrichtungen. Selbst die oft ausgespielte „Personalunion“ mit einer politischen Partei, die bei keiner Gewerkschaftsrichtung so stark ausgeprägt ist wie bei den Christlichen zum Zentrum, sollte kein Grund sein, einen Verein für politisch zu erklären, denn, so stand in der Begründung zu lesen, „ebenwiewenig wird ein Verein zu einer politischen Organisation, weil seine Mitglieder persönlich bestimmte politische Überzeugung haben oder vertreten. Ein Begriff des „Zwecks des Vereins“ liegt auch, daß es auf einzelne, wenn auch bezweckte Handlungen nicht ankommen kann, es muß ein dauernder Zweck des Vereins vorliegen.“

Die an die Annahme des Reichsvereinsgesetzes geknüpften Erwartungen sollten sich indes nur zu bald als Enttäuschungen erweisen. Von einer einheitlichen Behandlung der Vereine, insbesondere der Gewerkschaften, kann heute noch keine Rede sein. Die Behörden handhaben die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes ganz nach Belieben. Und wenn man sich der Zusage des einstmaligen Staatssekretärs und heutigen Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg erinnert, die er in der Kommission abgab, „daß keineswegs die Absicht bestünde, Sinterkuren offen zu lassen, im Gegenteil sollte nach seiner Überzeugung jeder schließliche Eingriff gegen Vereine und Versammlungen vermieden werden“, so muß man sagen: Worte sind gut, aber Taten sind besser. Das direkte Gegenteil von dem, was die verbündeten Regierungen mit der Vorlage des Reichsvereinsgesetzes bezweckten, nämlich „die Beseitigung aller denkbaren und durchaus nicht gebotenen Beschränkungen“, ist eingetreten, und von dem angeblich bestehenden Willen der Regierung, „allen Versuchen einer kleintlichen Auslegung oder Ausföhrung der Vorschriften entgegenzutreten“, ist absolut nichts zu entdecken.

Unter den behördlichen Versuchen, die Gewerkschaften durch Polizeiverhütung in eine Zwangsjacke zu stecken, ragt der neueste Streich des „berühmten“ Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow besonders hervor. Schon früher hatte er in einem Gutachten, das ein Gericht von ihm einforderte, einen der gewerkschaftlichen Zentralverbände für politisch erklärt. Dabei stützte sich v. Jagow auf ein Beweismaterial von der Art, wie es in dem Prozesse gegen den Bergarbeiterverband zur Artbegründung herhalten mußte. Beifällig sei bemerkt, daß u. a. an Hand der Protokolle des Guttenbergbundes „Demaskiert“ vom Berliner Polizeipräsidenten der Nachweis für den politischen Charakter

der Gewerkschaften geführt werden sollte. Nette Kronzeugen, diese Bänder!

Aus der Referate des Gutachters ist v. Jagow herausgetreten, als er am 1. April mehreren Zentralverbänden, die ihren Sitz in Berlin haben, die Aufforderung zugehen ließ, entsprechend den Bestimmungen des § 3 des Vereinsgesetzes Statut und Namensverzeichnis der amtierenden Vorstandsmitglieder einzureichen. Bei seinen Verfolgungsmahnahmen gegen die Gewerkschaften stützt sich der Berliner Polizeipräsident auf das Allgemeine Landrecht, um es den betroffenen Gewerkschaften, die gegen die polizeiliche Verfügung selbstredend Einspruch erheben werden, möglichst schwer zu machen, zu ihrem Rechte zu gelangen. Die Berufung muß in diesem Falle nämlich anstatt durch ein ordentliches Gericht im bürokratischen Verwaltungsstreitverfahren entschieden werden. Das hat insofern noch höhere Bedeutung, als das Oberverwaltungsgericht früher bereits entschied, daß wenn der Verband als politisch zu gelten habe, dies auch für alle seine Zweigstellen zutreffe.

Wenn das vom Berliner Polizeipräsidentium von langer Hand vorbereitete Vorgehen gegen die Gewerkschaften Erfolg haben sollte, würden alle gewerkschaftlichen Zweigstellen der betreffenden Verbände zu politischen Vereinen gestempelt werden. Daß sich die Gewerkschaften gegen die behördlichen Versuche, sie für politisch zu erklären, kräftig wehren müßten, wird jedem einleuchten, der sich über die Folgen der Maßnahme im klaren ist. Schon der Umstand, daß jugendliche Personen bis zu 18 Jahren nicht Mitglieder politischer Vereine sein dürfen, und daß infolgedessen den meisten Gewerkschaften mit der Polizeiverhütung die Heranziehung junger Mitglieder erschwert wäre, würde Anlaß zu energischer Abwehr bieten. Es kommt aber außerdem noch in Betracht, daß den politischen Vereinen die Verpflichtung auferlegt wird, die Liste der Vorstandsmitglieder an Polizeistelle einzureichen. Diese Maßnahme kommt indes — neben der polizeilichen Überwachung der Versammlungen — nicht nur einer bürokratischen Verpflichtung gleich, sondern sie kann sehr wohl Zwecken dienen, die bei dem starken Einfluße der Unternehmerverbände auf direkte Schädigungen der Vertrauensleute hinauslaufen. Aus der Polizeipraxis in der Zeit vor dem Reichsvereinsgesetz, also vor 1903, dürfte ältern Funktionären noch manches Vorkommnis in Erinnerung sein, wo Polizeiorgane geradezu eine Pflicht darin erblickten, das, was sie in amtlicher Eigenschaft erfuhr, den Unternehmern zu übermitteln oder sie rechtzeitig in Kenntnis zu setzen von irgendwelchen geplanten Maßnahmen. Mahreglung leitender Personen und eine gewisse Verhängung der Arbeiter waren oftmals die Folge davon. Bei der an sich schon leichten Orientierungsmöglichkeit der Unternehmer über wirtschaftspolitische Fragen aller Art kann auf Seite der Arbeiter kein Interesse an einer Erweiterung der Auskunftsmittel bestehen.

Daraus resultiert natürlich auch die Notwendigkeit, daß es durch entsprechende Verhalten aller Organe den polizeilichen Spürnasen unmöglich gemacht wird, wirkliches Beweismaterial für eine parteipolitische Betätigung der Gewerkschaften aufzutreiben. Im Interesse einer ersprißlichen Gewerkschaftsarbeit liegt es durchaus, wenn Parteipolitik von Verbandsarbeiten ferngehalten wird. Damit soll indes der politischen Teilnahmlosigkeit keineswegs das Wort gegeben werden. Aber die politische Betätigung möge in die Organisationsarbeit verlegt werden, die diesem Zweck ausschließlich dienen. Die Zweiteilung in der deutschen Arbeiterbewegung hat gewichtige sachliche Voraussetzungen, sie ist keineswegs nur formaler Natur und sie beruht auch nicht etwa auf kleintlichen Reizorgans für geschlechterlichen und polizeilichen Schikanen. Gegen Hemmnisse letzterer Art werden sich die Gewerkschaften schon zu wehren wissen.

Mit dem 1. April ist im Deutschen Bauarbeiterverbande die vielumstrittene Arbeitslosenunterstützung zur Einführung gelangt. Nachdem zwei Verbandstage sich mit dem Projekte beschäftigt hatten, ohne zur Entscheidung zu kommen, wurde ein dritter außerordentlicher Verbandstag speziell zu diesem Zweck im Dezember des Vorjahres nach Hamburg einberufen. Der anfängliche Widerstand richtete sich nicht so sehr gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung als vielmehr gegen ihren angeblich ungenügenden Aufbau, nach dem die Unterstützung in den Monaten Januar und Februar nicht gezahlt werden sollte. Die geradezu lurchbare Krise im Baugewerbe führte die grundsätzlichen Gegner und diejenigen, die die Unterstützung auf das ganze Jahr ausgedehnt wissen wollten, auf der mittleren Linie zusammen. Sie auf sechs Beitragsklassen aufgebaut, sich nach Starenzen abstuende Arbeitslosenunterstützung kann in einem Jahre für 48 Tage bezogen werden. Die Beiträge schwanken zwischen 40 Pf. in der ersten und 90 Pf. in der sechsten Klasse; die Unterstützungssätze betragen in den beiden Klassen 45 Pf. pro Tag (bei 44 Beiträgen) und 1,95 Mk. pro Tag (bei 440 Beiträgen). Die Art ist wieder eine der stärksten Gewerkschaften den Spuren der Zukunft ergötzt, die allerdings schon sehr früh eingelehen haben, daß eine große Organisation ohne ein gutausgebauter Unterstützungswesen ihre Ziele nicht erreichen kann.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands veröffentlichte in seiner Nummer vom 30. März den Bericht des Ausschusses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands für das Jahr 1913. Der Bericht stellt fest, daß im vergangenen Jahre die Arbeitslosigkeit in manchen Gewerben den höchsten bisher erreichten Stand überschritt, und daß die Forderung immer noch auf die Lebenshaltung der Arbeiter drückt. „Tenerung, Mißleistung, größere Arbeitslosigkeit drohen die Lohnherabsetzungen ganz oder teilweise in Frage zu stellen“, heißt es an anderer Stelle. Die christlichen Führer so reden zu hören, ohne daran zu denken, wie diese selbst dazu ihre Hand boten, um die Lebenshaltung der Arbeiter zu er-

schweren, ist für den aufgeklärten Arbeiter eine pure Unmöglichkeit. Er muß zugleich auch daran denken, wie die Christlichen mehr wie einmal Arbeitern in Lohnkämpfen in den Rücken fielen und es den Kämpfern dadurch unmöglich machten, einen Ausgleich zwischen den unzureichenden Löhnen und der verfeuertem Lebenshaltung herbeizuführen. Es gibt kaum noch einen Beruf, der nicht über die arbeiterverräterische Haltung der Christlichen bei Lohnkämpfen zu klagen hätte. Vergebliche Liebesmühe ist es, wenn auf christlicher Seite versucht wird, den Streikbruch aus Prinzip zu bemänteln. In bezug auf den Kreisfelder Färberstreik heißt es im Berichte: „Der bereits erwähnte Kreisfelder Färberstreik unterließ erneut den festen Willen der christlichen Arbeiter, selbständig zu den Bewegungen des gewerblichen und Wirtschaftsebens Stellung zu nehmen und einen einseitig sozialistischen Streikboder abzulehnen.“ Mit solchen Phrasen läßt sich natürlich niemand über die Wirklichkeit hinwegtäuschen. Der christliche Ausschuss weiß sehr wohl, daß es die freie Legitimationen nicht hat fehlen lassen, daß dieser Verband aber den Kampf führen mußte, weil bei den Verprechungen der Unternehmer auf Lohnabzählungen einige Hundert Arbeiterinnen vollständig unberücksichtigt geblieben waren. Der Verrat der kämpfenden Legitimationen am Niederrhein durch die Christlichen schloß sich würdig ihren Sedentaten im Ruhrkohlenrevier an. Die sich überall zeigenden Befreiungen der Reaktion in Deutschland führt der Bericht in sehr oberflächlicher Weise auf den großen Wahlsieg der Sozialdemokratie vom Jahre 1912 zurück. Die Herren müssen es ja am besten wissen, was sie ihren Schächeln bieten können, die an bedeutungsvollen Erscheinungen im wirtschaftspolitischen Leben mit Schwelgen vorübergeführt werden. Was speziell von den Vorgängen im Buchdruckgewerbe, denen prinzipielle Bedeutung zukommen soll, und von den moralischen Eroberungen des Guttenbergbundes in dem Berichte zusammengefaßt wird, steht auf gleicher Höhe wie die Beweisaufklärung des mehr wie zweifelhaften Ergebnisses des dritten deutschen Arbeiterkongresses in Berlin.

Was über den Kölner Gewerkschaftskongress, der die „Unabhängigkeit“ der christlichen Gewerkschaftsbewegung von kirchlichen und politischen Gewalten im richtigen Lichte zeigte, und über den Gewerkschaftsstreit im christlichen Lager ausgeführt wird, ist bestenfalls Verlegenheitsgemacht. Man hat angeblich Besseres zu tun, als sich herauslocken zu lassen. Auch gewisse protestantische Kreise, die auf eine Neuprüfung des Standpunktes der christlichen Gewerkschaften drängen, würden diese aus ihrer Referate nicht herausbringen. Wenn diese Ruhe der Ausfluß des Machtgefühls der christlichen Gewerkschaften wäre, könnte sie uns imponieren. In Wahrheit hält die „unabhängigen“ Herrschaften jedoch die Furcht vor dem Krummstab in Schach. Von dem als Gegenzug zur „Volksfürsorge“ gedachten Abkommen mit der Deutschen Volksversicherungsgesellschaft, sagt der Bericht in stummer Resignation, daß die Durchführung in voller Durchführung begriffen sei und so funktioniere, wie es „den Verhältnissen gemäß“ erwartet werden könne. Weniger kann man nicht gut verlangen.

Aus dem Kassenbericht ist zu ersehen, daß die Einnahmen des Ausschusses im Berichtsjahr insgesamt 154226,46 Mark und die Ausgaben 139706,65 Mk. betragen. Der Kassenbestand am Schlusse des Jahres 1913 war 14519,81 Mark. Von den Einnahmen entfielen 86571,82 Mk. auf Beiträge der einzelnen Verbände (gegen 84082,25 Mk. im Vorjahre). Einen Hauptposten in der Ausgabe stellen die Agitationskosten, die erforderten 33270,51 Mk. Sechs Sekretariate sind der Zentralführung der christlichen Gewerkschaften angeschlossen, und zwar das bayrische in München mit 51382 Mitgliedern, das mitteldeutsche in Erfurt mit 7000, das norddeutsche in Hamburg mit 8760 und das südwestdeutsche in Karlsruhe mit 11456 Mitgliedern in Baden, 9610 in Württemberg, 8425 in der Rheinpfalz, 5077 in Elb-Lothringen. Das sächsische Sekretariat in Dresden und das westdeutsche in Essen ziehen es vor, sich über ihre Mitgliederlisten auszuschweigen. Das mitteldeutsche Sekretariat wurde im Oktober aufgehoben, weil es angeblich seine Aufgabe erfüllt habe. Der genaue Kassen des für die Christlichen besonders feingigen Bodens Mitteldeutschlands, insbesondere Thüringens, wird die Aufhebung des Erfurter Sekretariats mit andern Augen betrachten. Mehr und mehr setzt sich in der christlichen Bewegung der Zug nach dem Westen, nach dem „gelobten“ Lande der roten Erde. Dort geist die Wirtschaftsfriedlichkeit aller Grade am besten — zur Freude aller Arbeiterseinde, deren Position durch die Kurzlichtigkeit der Arbeiter nun gestärkt wird.

Von der Spaltung der Selben in eine Essener und eine Berliner Richtung haben wir lehtsin schon berichtet. Am 28. März haben sich nun die Werkvereine der Berliner Richtung, die im Gegentage zu der Essener Richtung auf das Streikrecht nicht in jedem Falle verzichten wollen, zu einem Kartellverbande deutscher Werkvereine zusammengeschlossen. In der angenommenen Resolution heißt es: „Nach den Ausführungen der einzelnen Redner konstataren wir, daß eine Einigung zwischen der Berliner und Essener Werkvereinsrichtung ausgeschlossen ist. Die anwendenden Vertreter deutscher Werkvereine begriffen die Anregung zur Gründung des Kartellverbandes deutscher Werkvereine und geben die Erklärung ab, das Programm der Berliner Werkvereine anuerkennen, weil es den berechtigten Wünschen der deutschen Arbeiterchaft entspricht.“ Die Annahme irgend einer gelben Richtung, von „berechtigten Wünschen der deutschen Arbeiterchaft“ zu reden, ist allerdings klarer Tabak. Aber was spielt sich nicht alles als Vertreter von Arbeiterinteressen auf, ohne ernstlich daran zu denken? So bemerkt das „Zentralblatt“ der Christlichen zu der Zerstückelung im Lager der ganz Selben: „Wenn die Berliner Selben keine Schutztruppe des Unternehmertums,

sondern Arbeiterinteressenvertretungen sein wollen, die Selbstständigkeit und Streikrecht für sich beanspruchen, wofür dann überhaupt eine gelbe Sonderbewegung? Dann hätten sie sich, um dem sozialistischen Zwange zu entgehen, doch den auf nationalem Boden stehenden Gewerkschaften anschließen können, wo ihnen alles das in besserer Form geboten würde, was sie angeblich jetzt erstreben wollen.“ Allerdings, die Unterschiede zwischen den wirtschaftsrechtlichen Richtungen der echt Gelben und der in der Wolle etwas dunkler gefärbten sind verschwindend. In praxi gleichen sie sich sogar wie ein Ei dem andern.

□ □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □ □

We. Eberfeld. (Vierteljahrsbericht.) Eines außerordentlich zahlreichen Besuchs erfreute sich die Generalversammlung am 10. Januar. Nach Erledigung der „Vereinsmitteilungen“ erkrankte Vorsitzender Marshall den Jahresbericht. Von zwei vorliegenden Aufnahmegesuchen wurde eins befürwortet, während das andre zurückgestellt werden mußte. Der Vorsitzende gab ferner den Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz, woran sich eine kurze Debatte schloß. Mit Ausnahme eines Beisitzers wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. — Die Versammlung am 21. Februar nahm unter „Vereinsmitteilungen“ Kenntnis von der Tarifanerkennung der Firma Gäbe in Vohwinkel. Weiter machte der Vorsitzende Mitteilung von der Wahl des Kollegen Adrian zum Vorsitzenden der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse. Dann wurde auf die Bedingungen bei Einstellung von Lehrlingen hingewiesen. Der Kassenbericht pro viertes Quartal 1913 lag gedruckt vor. Dem Kassierer wurde die von den Revisoren beantragte Entlastung erteilt. Anschließend fand die Neuwahl der Revisoren statt. Nach Bewilligung von 100 Mk. an die Graphische Vereinigung nahm die Versammlung Stellung zu dem am 10. und 11. Mai in Aachen stattfindenden Gautag und stellte eine Anzahl Kollegen als Kandidaten auf. Ein Antrag auf Herabsetzung des Ortsvereinsbeitrags wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. — In der Versammlung am 28. März gedachte der Vorsitzende unter „Vereinsmitteilungen“ der 25jährigen Verbandsgeschichte des Kollegen Fritz Birk. Mehrere Schreiben vom Gewerkschaftssekretariate lagen vor. Eins davon betraf die Wahlen zu den Verinderungsämtern. Die Versammlung stellte als Kandidaten dazu den Kollegen Ebaneh auf. Unser zweiter Gauvorsteher Bertram sprach sodann über das Thema: „Gewerkschaftliche Lebensfragen“. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen.

Eberfeld-Barmen. (Maschinenmeisterverein. — Vierteljahrsbericht.) In ihre im ersten Vierteljahr abgehaltenen drei Versammlungen hatten einen guten Besuch aufzuweisen. Die Januargeneralversammlung wählte den alten Vorstand mit Ausnahme des ersten Vorsitzenden, als welcher Kollege Mand neugewählt wurde, wieder. Die Besprechung der Neujahrskarten und des Rundschreibens Nr. 1 der Zentralkommission gaben in der Februarversammlung Stoff zu anregender Diskussion. Nach eingehender Aussprache über das Rundschreiben wurde einstimmig beschlossen, zum vierten Maschinenmeisterkongress in Leipzig einen Delegierten zu entsenden. Als solcher wurde der Vorsitzende gewählt. Dem Zuge der Zeit folgend war die Technische Kommission bemüht, die Kollegen über die neuesten Fortschritte der Drucktechnik fortlaufend zu unterrichten. Die Frankenthaler Maschinenfabrik stellte uns zwei sehr interessante Vorträge über den Offset- und Tiefdruck zur Verfügung, wofür auch hier noch gedacht sei. Die letzte, inhaltlich äußerst reichhaltige Nummer der „Technischen Mitteilungen“ gab hierzu Gelegenheit zu ausgiebigem Meinungsaustausch. — In der Aprilversammlung steht der Vortrag „30 Jahre Entwicklung“ zur Tagesordnung, welcher Hinweis das Erscheinen aller Mitglieder erwarten läßt.

Erfurt. (Bezirksmaschinenmeisterverein.) Am 28. März fand in Erfurt die Frühjahrsversammlung der Maschinenmeistervereine statt. Der Besuch war ein guter. Anwesend waren von Erfurt 25 (70), Gotha 9 (12), Weimar 16 (16), Eisenach 2 (15) und Sömmerda 1 (2). etwa 35—40 Seherkollegen und verwandte Berufe wohnten der Versammlung bei. Der Besuch durch die Druckerkollegen am Orte war unbefriedigend. Nachdem Vorsitzender Schenarth die Teilnehmer begrüßt hatte, hielt Kollege Sänge alle Erschienenen im Namen des Ortsvereins Erfurt willkommen und wünschte der Tagung besten Verlauf. Nach einer längeren Debatte über die internationale Ausstellung in Leipzig erhielt Kollege Franz Kräfte, Vertreter der Farbenfabrik Meistermann, das Wort zu seinem Vortrage: „Die graphischen Farben, ihre Substitution und Verwendung“, reißt Experimenten. Der Redner versah es mit Hilfe eines reichen Anschauungsmaterials die Zuhörer fast zwei Stunden zu fesseln. Es sei hierdurch der Firma Meistermann nochmals der Dank ausgesprochen. Eine ganze Reihe von Fragen, welche Bezug hatten auf Farbe und deren Mischstände, beantwortete der Referent noch nachträglich. Als Delegierter zum Maschinenmeisterkongress wurde Kollege Schenarth gewählt. — Die nächste allgemeine Versammlung findet im Herbst d. J. in Weimar statt.

Sa. Frankfurt a. M. Inre gutbesuchte Bezirksversammlung am 30. März erhielt ihr besonderes Gepräge durch einen sachtechnischen Vortrag über das Offset-Druckverfahren. Es war ein mit Erfolg gekröntes Beginnen des Vorstandes, dieses Thema einem größeren Kollegenkreise zugänglich zu machen, wenn auch der Referent, Herr

Sallacz, die wirtschaftliche und soziale Seite der technischen Entwicklung in unserm Gewerbe nicht zu erschöpfen vermochte. Aber gerade diese Fragen sind für uns als Organisation von besonderer Bedeutung, denn die technische Seite dieses Vortrags wird ja, soweit dies bei der Geheimnistuerei der Erfinder und der produzierenden Firmen überhaupt möglich ist, in den Spartenversammlungen und in den Fachblättern infraktiv behandelt. In seinem Vortrag erläuterte Herr Sallacz, Instrukteur der Maschinenfabrik Seim (Offenbach) [gelernter Steindrucker], das Offset-Verfahren in rein technischem Sinn und skizzierte die von der Offenbacher Maschinenfabrik in den Handel gebrachten Offset-Pressen. Einige ausgelegte Druckfächer überzeugten von der Leistungsfähigkeit der Maschinen. Der Referent meinte in seinem Vortrage, daß zur Bedienung der Offset-Pressen die Steindrucker am besten geeignet seien, diese Ansicht reizte naturgemäß zum Widerspruche heraus. In der Diskussion kam denn auch die wirtschaftliche Bedeutung des Vortrags zum Durchbruch. Mehrere Kollegen erkannten an, daß der technische Fortschritt unverkennbar sei, und daß die Entwicklung wohl dazu führen könnte, unsern Druckern empfindliche Wunden zu schlagen. Es müßte alles daran gesetzt werden, den Druckern die neuen Druckverfahren, Offset und Tiefdruck, zugänglich zu machen, um so einer Vermehrung der arbeitslosen Kollegen vorzubeugen. Leider stoh wir hier, vorläufig wenigstens noch, auf große Schwierigkeiten, die zum Teil bei den Erfindern und zum Teil bei den Maschinenfabriken zu suchen sind. Es sei bekannt, daß es nicht gestattet werde, derartige in Betrieb befindliche neue Maschinentypen zu beschlagnahmen und ebenso wenig gestalte man, den Herstellungsprozess der Druckplatten zu beobachten. Unser Verbandsvorstand, der die wirtschaftliche Bedeutung dieser Entwicklung für unsere Gesamtorganisation vorausgesehen, habe ja ebenfalls bereits den Versuch gemacht, das Erlernen dieser neuen Druckverfahren den Kollegen zu ermöglichen, sah aber kein Bestreben von negativem Resultate begleitet. Die Frage, ob Steindrucker oder Buchdrucker an der Offset-Prese beschäftigt werden sollen, nahm einen breiten Raum der Diskussion ein. Einige Kollegen glaubten die Frage am besten gelöst, wenn hier eine Arbeitssteigerung durchgeführt werde in der Art, daß die Herstellung der Platten den Chemigraphen resp. Steindruckern überlassen bleibt, während der Fortdruck und die Bedienung der Maschine dem gelernten Buchdrucker übertragen wird. Andre Kollegen neigten wieder der Ansicht zu, daß alle in Buchdruckereien aufgestellten Offset- und Tiefdruckmaschinen für den Buchdrucker zu reklamieren seien. Es wurde in der Diskussion auch hervorgehoben, daß den Steindruckerkollegen das Recht auf Arbeit nicht bestritten werden dürfe. Gerade sie hätten im letzten Jahrzehnte durch die verkehrte Zoll- und Steuerpolitik Deutschlands viel Haare lassen müssen und hätten zumeist mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen; deswegen könne ihnen nicht gewehrt werden, diese neuste Phase unsrer graphischen Entwicklung ihrer Organisation nutzbar zu machen. Zweckmäßig sei, um allen Grenzplanketeilen aus dem Wege zu gehen, eine Verfindigung zwischen den beiden Organisationsvorständen herbeizuführen. Nach beendigter Diskussion nahm die Versammlung noch den Kartellbericht vom ersten Quartale 1914 entgegen.

Görlitz. (Vierteljahrsbericht.) Die Januarversammlung brachte uns ein ausgezeichnetes Referat des Gauvorstehers Fiedler über das Thema: „Aktuelle Tagesfragen“. Redner streifte die neuesten Ereignisse in unserm Reichen und kam insbesondere zu sprechen auf die gewerkschaftlichen und politischen Machinationen unsrer Scharfmacher, dabei auch die Streikbewegung in Österreich kurz streifend. Anschließend daran sprach Vorsitzender Fiedler über „Streikarbeit und wie verhalten wir uns zu solcher“. Dieses Thema war gerade für Görlitz aktuell, da auch bei einer hiesigen Firma Streikarbeit verrichtet worden war. Redner kam auch von vornherein auf diesen Fall zu sprechen, schilderte ihn eingehend unter Berücksichtigung der ergangenen Interpretierungen des Tarifamts und betonte, daß alle hierbei in Betracht kommenden Kollegen fast gänzlich verlagert hätten. Leider sei sogar das strikte Vorgehen des Vorstandes in dieser Angelegenheit von einem Teile der hiesigen Kollegen und des in Betracht kommenden Geschäfts als eine Eingeleitung betrachtet worden. Nach Anhörung des wirklichen Sachverhalts kam jedoch die von 91 Kollegen besuchte Versammlung zur einstimmigen Annahme einer Entschließung, in welcher dem Gesamtverband, insbesondere aber dem Vorsitzenden Fiedler, das vollste Vertrauen ausgesprochen wurde. Gleichzeitig erklärte sich die Versammlung mit dem Vorgehen des Kollegen Fiedler einverstanden. — In der Februarversammlung berichtete der Vorstand über eine Vertrauensmänner- und Vorstandssitzung, die zwecks Sebung der Kollegialität unter Berücksichtigung der letzten Vorgänge am Ort einberufen worden war. Anschließend daran sprach Herr Wille über „Feuerbestattung“, ein Thema, das besonders für Görlitz seit Bestehen des Strematoriums von Interesse ist. Der Bericht über wichtige Tarifschiedsgerichtsurteile löste eine rege Diskussion aus. — Die Märzversammlung nahm Stellung zu der Kohlischen Broschüre. Nach Besprechung einer tariflichen Angelegenheit hörte die Versammlung einen hochinteressanten Vortrag mit Experimenten über: „Natürliche Erklärung der Hypnose und Suggestion“. Außerdem gedachte der Vorsitzende noch des 25jährigen Verbandsjubiläums des Kollegen Max Lindner, der nun auch bereits zwölf Jahre als Ortskassierer tätig sei. Ihm im Auftrage des Ortsvereins zugleich die besten Wünsche übermittelnd. Eine kleine Feier fand am 5. April im „Felsenkeller“ statt, an welchem Abend auch dem Jubilar ein schönes Geschenk überreicht wurde.

M. Kreuznach. (Vierteljahrsbericht.) Im abgelaufenen Quartale fanden drei Versammlungen statt, die ziemlich gut besucht waren. In der Januarversammlung

wurde beschlossen, zur Deckung der Kosten des im Bezirke Stoblenz zu errichtenden Bezirksarbeitersekretariats nicht beizusteuern. Eine Neuaufnahme mußte zurückgestellt werden. Ferner fanden Tarifbesprechungen am Hand der gesammelten Entschiede der Tarifschiedsinstanzen statt. — Am 8. Februar erkrankte Bezirksvorsteher Neu (Stoblenz) eingehenden Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz. Zu dieser Versammlung waren auch die Simmerer Kollegen erschienen. — In der Märzversammlung wurde an Stelle des leiberrigen Vorsitzenden Correll Kollege Röder gewählt. Ferner wurde u. a. eine Resolution betreffs der Reghäuserchen „Dokumente“ angenommen.

Mainz. (Bezirksversammlung vom 29. März.) Die Versammlung war von den auswärtigen Kollegen gut besucht, während die Beteiligung der Mainzer Kollegen zu wünschen übrig ließ. Unter „Geschäftlichem“ wurde zunächst der Rapport bekanntgegeben. Der Krankenstand ist gegenwärtig ein hoher, während die Arbeitslosigkeit infolge der am Orte herrschenden guten Konjunktur gering zu nennen ist. Neuaufgenommen in die Organisation wurde ein Kollege. Der Vorsitzende verwies sodann auf die am 21. März stattgehabte, fast vollständig besuchte Vertrauensmännerführung, deren wichtigster Bezugspunkt die Instruktion der Vertrauensleute über die aufzunehmende Überfundenstatistik bildete. Am Vorabend der Bezirksversammlung fand eine Zusammenkunft der Neuauslernenden statt, um diese mit den Bestrebungen des Verbandes und dem Wesen der Tarifgemeinschaft vertraut zu machen. Erfreulicherweise ist zu konstatieren, daß auch in diesem Jahre der Nachwuchs gewillt ist, sich dem Verband anzuschließen, der einzig und allein als Vertretung der Gehilfeninteressen in Betracht kommt. Schon seit geraumer Zeit sind die Bundeschriften an der Arbeit, die ihnen geeignet erscheinenden jungen Kollegen für die „gute und gerechte Sache“ zu gewinnen. Mit den bekannten Subdritten des Bundes wurden diese Kollegen von Berlin aus kontaktiert, in persönlichen Unterredungen von der Gürtrefflichkeit des Gutenbergbundes „überzeugt“ und die Eltern in dem gleichen Sinne bearbeitet. Ein neugewachener, fanatischer Zindler leiste diesem Treiben die Krone auf. Er patronisierte vor dem Versammlungslokale, wofür in der Absicht, die in sein händlerisches Herz geschlossenen jungen Kollegen zum letzten Male zu beschwören, von dem Eintritt in den 111. Verband abzusagen. Und der Erfolg? Der Liebe Müß war umsonst! Geziemend nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß der „Bundesgeschäftsherr“ Felder am 1. April seinen Sitz von Köln nach Mainz verlegt, um von hier aus seine auf den Mitgliederfang berechneten „Operationen“ zu unternehmen. Vorsitzender Conradi besprach sodann in treffenden Ausführungen die österreichische Tarifbewegung. Im Anschlusse daran wurde von einem Kollegen angeregt, eine Aktion einzuleiten, um die Stellung des Geschäftsbetriebes der Streikdrehergenossen à la Keeling, Hinte und Konforten unter das Stellenvermittlungsgesetz herbeizuführen. Von anderer Seite wurde die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit eines solchen Vorgehens bestritten, da auf diesem Weg eine Unschädlichmachung der „nützlichen Elemente“ nicht zu erreichen sei. Bei dem folgenden Punkte sprach der Geschäftsführer Bauer vom hiesigen Konsumverein über die gewerkschaftlich-genossenschaftliche „Volksfürsorge“. In interessanten und auch lehrreichen Ausführungen entledigte sich der Redner seiner Aufgabe, wofür ihm der Beifall und Dank der Versammlung zuteil wurde. Kollege Brünner erkrankte den Kartellbericht, an den sich eine längere Diskussion über interne Angelegenheiten knüpfte. In vorgerückter Stunde wurde noch zu der Kohl-Reghäuserchen Broschüre „Dokumente eines Sterbenden“ Stellung genommen. Von der Annahme einer Resolution wurde Abstand genommen.

G. Mannheim. Inre Mitgliederversammlung am 28. März hatte einen zahlreichen Besuch aufzuweisen. Es wäre wünschenswert, wenn ein derartiger Besuch immer zu verzeichnen sein würde. Der Besuch war jedenfalls deshalb ein so starker, weil Anträge auf der Tagesordnung standen, die unsre Bezirkskassette bei Annahme schwer belasten würden. In den Verband aufgenommen wurden fünf Kollegen. Das diesjährige Johannisfest wird am Sonntag, 21. Juni, durch einen Ausflug nach Dürkheim (in der Pfalz) gefeiert. Der vierte Punkt der Tagesordnung: „Die internationale Budgetgenehmigung in Leipzig“, rief eine lebhafteste Debatte hervor. Der Antrag hierzu, den teilnehmenden Kollegen eine Beihilfe aus der Bezirkskassette zu gewähren, wurde verlagert. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattete Kollege Margenau.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Schiffenprüfungen. An den diesjährigen Schiffenprüfungen in Kiel, die am 22. und 29. März stattfanden, nahmen insgesamt zehn Prüflinge (drei Drucker und sieben Seher) teil; hiervon waren sieben aus Kiel und je einer aus Plön, Preetz und Selligenhagen. Wenn auch nicht allen das Prädikat „Gut“ gegeben werden konnte, so wurden sie doch sämtlich mit dem Zeugnisse „Bestanden“ bedacht.

Meisterprüfung. In Eisenben legte der Kollege Wilhelm Ehrst die Meisterprüfung ab.

Altonaer Lehrfingsuche und „unerhörte Annahme“. In Nr. 38 nahmen wir uns die Freiheit, eine Notiz der Geschäftsstelle des Vereins Kölnner Buchdruckereibesitzer, die, wie uns verschiedene Ausschnitte eines uns ständig bedienenden Zeitungsausschnittbureaus befristeten, in mehreren Tagesausgaben Kölnns und Umgebung abgedruckt (Fortsetzung in der Beilage.)

In Innsbruck am 14. April der Drucker Karl Sinterwaldner, 22 Jahre alt.
 In Leipzig am 7. April der Druckerinvalide Friedrich Sauerzapf, 87 Jahre alt — Herzschwäche.
 In Blau der Buchdruckermeister Wilhelm Küster, 46 Jahre alt.
 In Wien am 27. März der Seher Franz Wichart, 24 Jahre alt — Gehirnhautentzündung; am 29. März der Seher Wilhelm Wihnaleh, 41 Jahre alt; am 1. April der Seher Joseph Brämml, 69 Jahre alt; am 2. April der Seher Joseph Berger, 42 Jahre alt; am 4. April der Seher Friedrich Soas, 56 Jahre alt.

Briefkasten.

N. G. in S.: Die für Ihre Zwecke als erforderlich bezeichnete Anzahl von Jubiläumsummern des „Korr.“ können Sie noch erhalten. — U. W. in M.: Davon möchten wir absehen. — S. S. in W.: Befähigten dankend den Empfang; wird sich gelegentlich mit verwenden lassen. — F. U. in S.: Für frdl. Zeilen kollegialen Dank. — F. N. in Duisburg: 4,55 Mk. — R. J. in Hannover: 1,70 Mk.

Verbandsnachrichten
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II.
 Fernsprecher: Emil Kurfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachung.

Zur Berichtigung des am 2. Mai neuererscheinenden Adressenverzeichnisses werden diejenigen Bezirksvorsteher und -kassierer bzw. Vorstehenden der größeren Mitgliedschaften, die ihre Wohnung verändert und diese Veränderung im „Korr.“ noch nicht bekanntgegeben haben, ersucht, ihre neue Adresse bis spätestens 24. April der Hauptverwaltung, Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II, anzugeben.
 Berlin, den 15. April 1914.

Die Hauptverwaltung.

Bezirk Bielefeld. (Wahl der Delegierten zum Gau-tag in Aachen.) Es erhielten Stimmen: Perini (Minden) 423, Holz (Bielefeld) 385, Leub (Bielefeld) 375, Löschner (Bielefeld) 328, Ernst (Bielefeld) 325, Lesemann (Herford) 322, Heiland (Detmold) 288, Prüßner (Paderborn) 274, Klatterich (Bielefeld) 260, Giesemann (Herford) 253, Drener (Bielefeld) 242, Wisse (Wütersloh) 229, Schieber

(Detmold) 189, Troffe (Bielefeld) 157, Rikenhoff (Bielefeld) 99, Wecking (Bielefeld) 95, Koller (Bielefeld) 72. (Abgegebene gültige Stimmen 540.) Die gesperrt gedruckten Namen sind die der Gewählten.

Bezirk Hagen. (Gautagsdelegiertenwahl.) Abgegebene Stimmen 389, ungültig 1, absolute Mehrheit 195. Es erhielten Stimmen die Kollegen: Beiser (Arnsberg) 271, Ernst (Hagen) 101, Freß (Sierlohn) 304, Ged (Lübberscheid) 320, Goffes (Hagen) 82, Rahme (Hagen) 78, Lorenz (Hagen) 328, Niehm (Neheim) 171, Steinmann (Hagen) 233, gesperrt 8. Die gesperrt gedruckten Namen sind die der Gewählten. Als Ersatzmann gilt Kollege Niehm.

Bonn. (Gautagsdelegiertenwahl.) Abgegebene wurden 169 Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: Baldus (Bonn) 153, Raßenberger (Altrweiler) 133, Gelbrich (Bonn) 89, Heidreder (Gummersbach) 87, Büchner (Bonn) 39, 4 gesperrt, 1 ungültig. Die gesperrt gedruckten Namen sind die der Gewählten. Als Ersatzmann gilt Kollege Heidreder.

Adressenveränderungen.

Kadeberg i. Sa. Vorstehender und Kassierer: Franz Dzegowski, Friedrichstraße 23 parf.
 Thorn. Vorstehender und Kassierer: Adolf Reich, Gerchiesstraße 6.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):
 Im Gau Rheinland-Westfalen die Seher 1. Anton Grodzynski, geb. in Katharinowo (Kreis Wreschen) 1890, ausgel. in Dortmund 1908; war noch nicht Mitglied; 2. Ferdinand Bullhörst, geb. in Dortmund 1895, ausgel. in Solingen 1913; war schon Mitglied. — Emil Albrecht in Köln, Gereonshof 28.
 Im Gau Westpreußen 1. der Seher Bernhard Daniels, geb. in Dirschau 1894, ausgel. dal. 1912; 2. der Schweizerdegen Reinhold Janke, geb. in Wülferspoth 1894, ausgel. in Neuleich 1914; waren noch nicht Mitglieder; 3. der Seher Willi Korsch, geb. in Danzig 1892, ausgel. in Dirschau 1910; war schon Mitglied. — S. M. David in Danzig, Große Schwalbenstraße 27 parf.

In Wien der Seher Rudolf Klein, geb. in Wien 1864, ausgel. in Döppel 1882; war schon Mitglied. — Franz Ragler in Wien VII, 1, Seidengasse 17.

Arbeitslosenunterstützung.

Würzburg. Die Auszahlung der Reiseunterstützung findet ab 1. Mai von 11 $\frac{1}{2}$ bis 12 $\frac{1}{2}$ Uhr im Fremden-

verkehr, „Gasthaus Strauß“, Juliuspromenade 11. Die Verwalter der umliegenden Gasthöfe werden gebeten, die Reisenden hierauf aufmerksam zu machen.

Verammlungskalender.

Bayreuth. Versammlung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der „Vereinsbrauerei“, Richard-Wagner-Straße.
 Bielefeld. Außerordentliche Versammlung Montag, den 20. April, abends 7 Uhr, in der „Eisenhütte“, Marktstraße.
 Düsseldorf. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 19. April, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Goldenen Ring“ in Neuh. Eberswalde. Versammlung Sonnabend, den 18. April, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Vereinslokal.
 Gumbach. Quartalsversammlung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zum Kirch“.
 Frankfurt-Ostend. Maschinenmeisterversammlung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.
 Gera. Versammlung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der „Hofbräuerei“ in Kurlhalla.
 Göttersberg. Versammlung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 Uhr, im Hotel „Gildau“, Bahnhofstraße.
 Greiz i. B. Versammlung Montag, den 20. April, abends pünktlich 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Eumel“.
 Halle a. S. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 19. April, vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Englischen Hof“, Große Berlin 14.
 Hamburg-Altona. Vertrauensmännerversammlung Dienstag, den 21. April, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Hiesiges Restaurant).
 Sothenhausen-Teck. Versammlung Sonntag, den 19. April, nachmittags pünktlich 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Waldhorn“ in Plochingen.
 Kaiserlautern. Die für heute angelegte Versammlung mußte umständlicher auf Sonnabend, den 25. April, verschoben werden.
 Koblenz. Bezirksversammlung Sonntag, den 17. Mai, in Kreuznach. Anträge bis 4. Mai an den Vorstehenden.
 Ludwigsberg. Versammlung Sonntag, den 19. April, vormittags 9 Uhr, im „Hafen“, Leomberger Straße.
 Mannheim. Versammlung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der „Eisenhütte“.
 Münster i. W. Bezirksversammlung Sonntag, den 3. Mai, im „Herder Hof“ in Dülmen. Anträge bis 24. April an den Vorstehenden.
 Neuenburg. Versammlung heute Sonnabend, den 18. April, abends 9 Uhr, im Vereinslokal.
 Pirna. Bezirksversammlung Sonntag, den 26. April, vormittags 11 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Weißen Hof“, Reitbahnstraße.
 Plauen i. B. Versammlung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
 — Frühjahrbezirksversammlung Sonntag, den 3. Mai, vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Schlütergarten, Bauer Straße.
 Rudolstadt. Versammlung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Gambirius“.
 Stuttgart. Versammlung heute Sonnabend, den 18. April, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Festsaal des „Gewerkschaftshauses“, Spinger Straße 17/19.
 Wismar. Außerordentliche Generalversammlung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der „Waldhalle“.
 Würzburg. Versammlung heute Sonnabend, den 18. April, im „Süddeutschen Garten“.

Gebrauchte Druckerleistungen, Schreien, Maschinen, Regale, Kästen usw. 1465
 C. Müller & Küster, Leipzig, Querstraße.

Stempelschneider
 saubere Arbeiter, gesucht. Selbiger hat Gelegenheit, sich an Stempelschneid- und Matrizenbohrmaschine einzuarbeiten. 1526
 Effighe, Nürnberg 2.

Matrizenbohrer
 gesucht
 von großer fidelescher Schriftsetzer sofort
 Bewerbungen mit Lohnansprüchen, Altersangabe und Zeugnisabschriften unter E. 3130 an Saalen-Klein & Vogler H.-G., Frankfurt a. M. 1542

Matrizenbohrer
 der auch Schablonen stellt, sucht sofort dauernde, selbständige Stellung. Offerten unter O. H. 540 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Graphische Fachklassen
 Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
 druck, Photomechanische Verfahren,
 Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
 Prospekte frei. Kunstgewerbeschule
 Barmen

Alleinverkauf für Deutschland: 1464
Goellns Gehlerbuch (35 Pf.)
 Ferner empfehle familiäre Fachliteratur, Theater-
 stücke, humor. Vorträge. Kollege Mathaeus, Dessau.

Praktisches Latein
 Kurzer Lehrgang für Buchdrucker
 Von J. Bass
 Hauptlehrer an der Gewerbeschule Stuttgart.
 Herausgegeben v. Graphischen Klub Stuttgart.
 Dritte, vermehrte Auflage.
 80 Seiten Gr.-Oktav. Preis 1 Mark.
 Auf 10 Exempl. wird 1 Frei-Exempl. gewährt.
 Dieses nützliche Buch eignet sich sowohl
 zum Selbststudium wie zum Nachschlagen.
 Bestellungen an A. Kirchhoff, Stuttgart, Augustenstr. 91.
 Richard Härtels Bucherverlag
 (H. Siegl), München 2, Holzstraße 7.
 Fachliteratur, Werke, Mustern u. s. w. in
 Katalog unerschöpflich und frei.
 Nachschreibung der Buchdruckerien deutscher
 Sprache. Von Konr. Buden. 1,60 Mk.

**Deutsche Buchdrucker- stenographen-
 Vereinigung Stolze-Schrey. Begr. 1909**
 Gediegene Fernunterricht erteilen die Kollegen
 A. Domke, Halle a. S., Taubensch. 9; R. Helffen-
 stein, Mannheim, M. 4.; W. Meißner, Bres-
 lau IX, Brigittenf. 19; Otto Rohde, Steinf.,
 Barnimstraße 16d; Fr. Winter, Braunschweig,
 Juliusstraße 18. Lehrgeld 1,50 Mk., außerdem
 Vergütung der Portoauslagen. 1537

Achtung!
 Die Schriftsetzer S. Schröder, O. Köstler,
 W. Becker, M. Glub, W. Burwig, M. Ruffert
 werden hierdurch aufgefordert, sich sofort mit Unter-
 zeichneter in Verbindung zu setzen. 1541
 S. Uster, Greifswald, Fischstraße 13.

Mhlen und Pinzetten, plattenschnitt, Geber-
 blusen empfiehlt H. Siegl, München 2, Holzstraße 7.
 Katalog gratis. 1624

Allen den Kollegen, die unres Jubiläum
 in so freundlicher Weise gedacht haben,
 sagen wir hiermit unsern 1546
 herzlichsten Dank!
 August Sagebiel und Rudolf Jusall
 in Hannover.

Am Donnerstag verstarb nach langer
 Krankheit unser werter Mitglied, der Seher
Jean Bischoff
 aus Frankfurt a. M., im Alter von
 45 Jahren an Mastdarmkrebs. 1545
 Ferner verschied am Donnerstag, eben-
 falls nach langer Krankheit an Lungen-
 tuberkulose, unser langjähriges Mitglied,
 der Seher

August Bornkessel
 aus Reichenbach i. Schl., im Alter von
 40 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 Der Bezirk Frankfurt a. M.

Todesanzeige
 Am 13. April verstarb nach langer
 Krankheit im 41. Lebensjahr unser lieber
 Kollege 1538
August Bornkessel
 Seit langen Jahren gehörte der Ver-
 storbene dem Gauverband an und durch
 seine Tätigkeit hat er sich die Sympathien
 aller Mitglieder im Gau erworben.
 Ehre seinem Andenken!
 Der Gauverband Frankfurt-Sachsen.

Am zweiten Oftertag verstarb nach
 längerer Krankheit unser alter treuer
 Kollege, der Seherinvalide 1549
Emil Sövel
 aus Wesel, im 69. Lebensjahre. Er war
 uns immer ein treuer Kollege.
 Möge ihm die Erde leicht sein!
 Duisburg, 14. April 1914.
 Der Ortsverein Duisburg.

Maschinenfabrikvereinigung Rheinland-Westfalens
 Sonntag, den 26. April, vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, in Hagen i. W., im „Sanjarestaurant“
 (Karl Wölfe), Böhmer Straße 11: 1548

Quartalsversammlung
 Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Technisches; 3. Vortrag: „Streifzüge durch die
 Jahresberichte der Maschinenfabrikvereinigungen“; 4. Kassenbericht, Aufnahmen und
 Zuschüsse.
 Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet Der Vorstand.

„Typographia“ Berlin
 Sonntag, den 26. April, vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße:
Generalversammlung
 Tagesordnung: Halbjahresbericht des Vorstandes; Vereinskommunikationen; Festsetzung
 des Jahresprogramms; Verschiedenes. 1547
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Am 14. April verstarb unser werter
 Kollege, der Seher 1544
Fr. Drener
 aus Hamburg, im 22. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 Der Buchdruckerverein in
 Hamburg-Altona.

Am 10. April verstarb plötzlich unser
 werter Mitglied, der Metzler 1543
Emil Wörker
 aus Kolbus, im 42. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 Die Mitgliedschaft Großenhain (Sa.).

Nach längerer Krankheit verstarb am
 zweiten Oftertag unser lieber alter Kollege,
 der Seherinvalide 1550
Emil Sövel
 aus Wesel, im 69. Lebensjahre. Er war
 uns immer ein treuer Kollege.
 Möge ihm die Erde leicht sein!
 Duisburg, 14. April 1914.
 Der Ortsverein Duisburg.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben
 Mannes, des Buchdruckers 1539
Gustav Weidrauch
 sage ich allen denen, welche ihn zur letzten
 Ruhestätte geleiteten sowie für die Beweise
 liebevoller Teilnahme herzlichsten Dank!
 Duisburg, 14. April 1914.
 Frau Ww. Anna Weidrauch geb. Reisch.

Am zweiten Oftertag verstarb nach
 längerer Krankheit unser alter treuer
 Kollege, der Seherinvalide 1549
Emil Sövel
 aus Wesel, im 69. Lebensjahre.
 Sein biederer, freudiger Charakter
 sichert ihm ein ehrendes Andenken.
 Duisburg, 14. April 1914.
 Der Bezirksverein Duisburg.

Bierbecher Bierhülle, Bierfidel, Feuer-
 zeuge, Schnupftabakspfeifen in
 Buchdruckerwappen, Abbildungen usw. 1556
 Graphische Verlagsgesellschaft, Halle a. S.
 Adressen für Zuforderungen
 an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker
 und Schriftsetzer“:
 für Artikel, Sozialpolitik und Genossenschaftswesen:
 • Mühlhau, Volkswirtschaft und -Altertümer:
 C. Schaeffer;
 • Korrespondenzen, Zustand und Gewerkschafts-
 revue: Karl Helmholz;
 • Verbandsnachrichten, Inserate, Offerten, Post-
 anweisungen usw.: Georg Böblisch;
 (ämtlich in Leipzig, Salomonstr. 8. (Fernspr. 1411).
 Straße und Hausnummer sind stets anzugeben!